

# HANNOVER KLARTEXT

3. Ausgabe · Mai 2026 · CDU Hannover



**Hannovers Image**  
Wie denken wir über  
die Zukunft unserer Stadt?

**Unsere Kandidaten**  
Peter Karst als OB für die Stadt –  
Oliver Junk als Präsident für die Region.

**Städtische Bäder in Hannover**  
Ein Irrweg ohne Ende –  
wohin schwimmen wir?

# Liebe Leserinnen und Leser,

vieles von dem, was Hannover heute beschäftigt, ist seit Jahren bekannt – und dennoch ungelöst.

Steigende Mieten, eine Innenstadt im Wandel, zunehmende Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum und wachsende soziale Problemlagen prägen das Bild.

**Doch statt klarer Strategien erleben wir zu oft ein Nebeneinander von Einzelmaßnahmen.**

Unter jahrzehntelanger Führung von SPD und zuletzt verstärkt unter grüner Verantwortung fehlt es an konsequenter Umsetzung, selbst dort, wo der Rat längst entschieden hat.

**Beschlüsse werden gefasst, aber nicht umgesetzt.** Das darf nicht der Anspruch an unsere Stadt sein.

Besonders sichtbar wird dies im Bereich hinter dem Hauptbahnhof. Mit dem absehbaren Wegfall des Stellwerks bis 2030 und den baulichen Veränderungen durch den

Gleisneubau entsteht akuter Handlungsdruck. Gleichzeitig fehlt bis heute eine abgestimmte Drogenstrategie für Hannover. Statt klarer Prioritäten erleben wir ein Stückwerk ohne verbindliche Linie.

**Dabei gilt: Eine funktionierende Innenstadt ist weit mehr als eine Frage des Stadtbildes.**

Sie ist Grundlage für wirtschaftliche Stärke, für ein lebendiges Handwerk und für sozialen Zusammenhalt. Wo Ordnung, Sicherheit und klare Strukturen fehlen, leidet nicht nur das Erscheinungsbild, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung und das Miteinander in unserer Stadt.

Eine moderne Großstadt braucht daher mehr als gute Absichten. Sie braucht Führung, klare Ziele und eine Verwaltung, die Beschlüsse umsetzt. Ein Oberbürgermeister muss nicht nur repräsentieren, sondern vor allem steuern können: Prioritäten setzen, Prozesse ordnen und Verantwortung übernehmen.

Mit Peter Karst steht dafür genau der richtige Kandidat bereit, der genau diese Voraussetzungen mitbringt: Volljurist, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Hannover und mit umfassender Erfahrung in Führung und Verwaltung.

Auch auf regionaler Ebene braucht es genau diese Mischung aus Kompetenz und Verlässlichkeit. Mit Dr. Oliver Junk tritt jemand an, der langjährige Erfahrung mitbringt – als Oberbürgermeister einer niedersächsischen Stadt und heute als Professor für Verwaltungs- und Kommunalrecht.

**Die kommende Kommunalwahl ist deshalb eine echte Richtungsentscheidung:** Weiter wie bisher – oder eine Stadt und eine Region, die wirtschaftlich stark sind, die funktionieren und die den Bedürfnissen aller 1,2 Millionen Menschen gerecht werden.

Es geht dabei um mehr als Parteipolitik. Es geht um eine einfache Frage: Wer hat die Erfahrung, Milliarden an Steuergeldern und Fördermitteln verantwortungsvoll zu steuern – und Tausende von Mitarbeitenden zu führen? Und wer sorgt dafür, dass Fehlplanungen und Verschwendung endlich ein Ende haben?



**Hannover kann mehr. Jetzt muss es auch gemacht werden.**

Ihre

Martina Machulla, MdL  
Vorsitzende CDU Hannover



Dr. Vanessa Erstmann

## Hannovers Image als Wahlkampfthema: Wer gibt der Stadt ein neues Selbstbewusstsein?

von Michaela Menschel, CDU

Mehr als 100 Gäste, viel Diskussionsstoff und eine Frage mit politischer Sprengkraft: Wie will sich Hannover künftig präsentieren?

Die Diskussion „Reden wir von Hannover“ des Arbeitskreises Stadtentwicklung der CDU Hannover im ehemaligen Kaufhof-Gebäude war mehr als ein Austausch über Stadtmarketing. Sie geriet zum Vorgeschmack auf den Kommunalwahlkampf im September, mit offenen Flanken für alle Parteien.

Denn die Ausgangslage ist klar: **Hannover hat viel zu bieten, verkauft sich aber seit Jahren unter Wert.**

„Wir haben einen Nerv getroffen“, sagte Uta Gebhardt von der CDU Hannover zum Auftakt. Schnell wurde deutlich: Es geht nicht nur um Image, sondern um Identität. In Zeiten wachsender Konkurrenz zwischen Städten wird die Außendarstellung zunehmend zum Standortfaktor.

Dabei mangelt es Hannover nicht an Stärken. Viele Gäste lobten die hohe Lebensqualität, vergleichsweise bezahlbare Mieten, viel Grün und die gute Lage. Und doch bleibt ein Problem: Das gewisse Etwas fehlt, ein prägnantes Wahrzeichen oder ein selbstbewusstes Auftreten. Stattdessen dominieren Klischees wie „langweilig“ oder „verschlafen“.



Markus Linnenberg und Uta Gebhardt, CDU

Die Historikerin Dr. Vanessa Erstmann sieht die Ursachen tief in der Geschichte. Hannover habe sich lange selbst klein gemacht: vom „Paradies der Mittelmäßigkeit“, wie es einst Theodor Lessing formulierte, bis hin zu einer bewusst zurückhaltenden Außendarstellung. „Man hat sich selbst als mittelmäßig definiert“, so Erstmann.

Genau hier setzt die neue Kampagne der Hannover Marketing & Tourismus GmbH an. Geschäftsführer Christian Katz will mit „Unboxing Hannover“ ein selbstbewusstes Gegenbild schaffen. Ziel ist ein humorvolles und klares Profil. „Hannover hat viel zu bieten – wir müssen es nur zeigen“, sagte Katz.

Slogans wie „Hier ist alles in Butter“, kombiniert mit regionalen Symbolen wie dem Leibniz-Keks, sollen Aufmerksamkeit schaffen und Identifikation fördern.

Doch die entscheidende Frage bleibt: **Reicht Kommunikation allein oder braucht es einen politischen Kurswechsel?**

Diese Frage wird im Wahlkampf an Bedeutung gewinnen. Mit der Wahl eines neuen Oberbürgermeisters, eines neuen Regionspräsidenten sowie

der Neubesetzung von Rat, Regionsversammlung und Bezirksräten steht ein personeller Neustart bevor. Die Erwartung: **frische Ideen, mehr Mut, klarere Prioritäten.**

Unternehmer Oliver Blume brachte es auf den Punkt und formulierte damit indirekt Kritik an bestehenden Strukturen: „Wir haben mehr Bedenken-träger als lösungsorientierte Menschen.“ Seine Erfahrungen mit Bürokratie und Genehmigungsverfahren stehen exemplarisch für ein Problem, das viele Investoren beklagen.



Oliver Vosschage Fotografie



Oliver Vosschage Fotografie

v. l. n. r.: Janko Engel, CDU, Christian Katz, Geschäftsführer Hannover Marketing und Tourismus (HMTG), Dr. Vanessa Erstmann, Detlef Simon („DESIMO“), Intendant des Kleinen Festes im Großen Garten und Oliver Blume, Unternehmer und Investor

Auch kulturell sieht Hannover ungenutztes Potenzial. Entertainer Detlef Simon („DESIMO“), neuer Intendant des Kleinen Festes im Großen Garten, verwies auf die Rolle der Stadt als UNESCO City of Music: „Das ist ein enormes Pfund – aber kaum jemand weiß davon.“ Positiv sei, dass viele Akteure bereits gut zusammenarbeiten, doch es gehe noch mehr.

Die Diskussion zeigt: **Das Thema Image ist längst kein Nebenschauplatz mehr.** Es berührt zentrale politische Fragen: von Wirtschaftsförderung bis zur Zukunftsfähigkeit der Region.

Im September fällt die Entscheidung: Bleibt Hannover beim Understatement oder nutzt die Stadt die Chance auf einen selbstbewussteren Neustart?

Ein positives Image lässt sich dabei nicht verordnen, es entsteht, wenn Politik und Stadtgesellschaft gemeinsam mehr aus Hannover machen und das auch zeigen.

Oder, wie es ein Teilnehmer zusammenfasste: **Hannover muss sich nicht neu erfinden, sondern neu erzählen.**



Entwurf der Fassade des ehem. Kaufhofs-/Horten-Gebäudes an der Schmiedestraße von Herzog & de Meuron

## Oliver Blume über die Zukunft der Innenstädte

Mit dem Umbau des ehemaligen Kaufhof-/Horten-Gebäudes zeigt Investor Oliver Blume exemplarisch, wie Innenstadtentwicklung heute funktionieren kann: weg vom klassischen Warenhaus, hin zu einer lebendigen Mischnutzung aus Wirtschaft, Arbeiten und urbanem Leben.

Wir haben ein Interview mit dem Unternehmer und Visionär geführt, der als gebürtiger Hannoveraner von sich selbst sagt, „ein bisschen verrückt zu sein“, weil er so ein Projekt angeht, an das sich vorher niemand herangetraut hat, das er aber als Blaupause für die Innenstadt sieht und das er seiner Heimatstadt als Ikone „schenken“ möchte.

**KLARTEXT:** Oliver, was hat dich an dem Gebäude gereizt, dass du gesagt hast: Das mache ich?

**Blume:** Ja gut, ich habe es dir ja oben auf dem Dach schon mal gezeigt. Es ist einfach die Lage, der Ausblick und die Chancen, die ich gesehen habe.

**KLARTEXT:** Was sind denn die Chancen? Andere haben das Gebäude ja vorher nicht angefasst.

**Blume:**

**Die Chancen sind, hier aus einem Lost Place eine Ikone zu machen.**

Und das eben mit dem Modewort „Multi-Use“, das heißt, ganz viele verschiedene Konzepte reinzubringen und damit eine Attraktivität zu schaffen.

**KLARTEXT:** Noch mal ganz kurz zu deinem Konzept mit Gastronomie, Berufsschule und Wohnungen – das ist ja etwas Besonderes. Ich würde gerne noch mal auf die Wohnungen eingehen. Wie schnell gab es dafür eine Genehmigung? Gerade in der Innenstadt ist das ja schwierig.

**Blume:** Ja gut, Wohnen – das hatte ich ja schon einigermaßen erkämpft durch den VW-Turm in der Innenstadt, dass man da auch die politische Mehrheit hat, dass Wohnen wieder in die Städte reinkommen muss. Man darf nicht nur Autos aussperren, sondern muss auch wieder Leute reinbekommen.

Mit 150 Wohnungen hier und 150 Wohnungen am Fernsehturm ist das natürlich nicht viel, aber es ist auf jeden Fall ein Anfang.

**KLARTEXT:** Da würde ich gerne noch mal drauf eingehen, weil ich das super spannend finde. Gibt es hier unten eigentlich eine Garage? Bedeutet das, dass dieses Wohnen ohne die ganzen Auflagen wie Parkplätze und Fahrradstellplätze auskommt?

**Blume:** Genau. Früher hat Horten hier schon sehr große Ablösen bezahlt. Ich gehe auch davon aus, dass das Parkhaus hier nebenan in der Schmiedestraße von diesen Geldern gebaut wurde. Und es gab vor kurzem noch die Idee mit einer Stellplatzverordnung für Fahrräder.

Die ist zum Glück nicht gekommen, weil das eine Katastrophe gewesen wäre. Dann hättest du hier 1.500 Fahrradstellplätze bauen müssen, und zwar im Erdgeschoss, also in der teuersten Fläche. Das gesamte Erdgeschoss wäre dann weg gewesen.

Es gibt ja schon länger die Regelung, dass man für innerstädtisches Wohnen keine Autostellplätze mehr nachweisen muss. Und da sind wir eben auch. Aber es ist ja auch verkehrsgünstig – besser geht es nicht. Und wir haben ja trotzdem das größte Parkhaus direkt gegenüber.



Michaela Menschel, CDU und Oliver Blume, Investor

**KLARTEXT:** Absolut. Solche Lösungen müssen gefunden werden, um innerstädtisches Wohnen zu ermöglichen. Ist das für dich ein Einzelprojekt oder ein Modell für die Zukunft unserer Innenstädte?

**Blume:** Also insgesamt werde ich natürlich jetzt von vielen Städten und Kommunen angefragt, ob ich das Gleiche noch mal dort machen kann.

Interessanterweise werde ich jetzt auch als Bildungsimmobilienspezialist gesehen und zu vielen Vorträgen eingeladen. (In die mittleren Etagen soll eine berufsbildende Schule der Region Hannover einziehen – Anm. der Redaktion)

Und klar, das ist hier eine Blaupause. Ich glaube auch, dass die Idee, mit einem berühmten Architekten eine Ikone zu schaffen – also nicht nur eine Vermietung, sondern wirklich für die nächsten 50 Jahre ein Herzstück zu bauen – eine Blaupause für viele Städte ist.

**KLARTEXT:** War die Auswahl des Architekten auch entscheidend für die Genehmigung der Stadt?

Oder wie hast du die Zusammenarbeit mit der Stadt erlebt?

**Blume:** Ich glaube, dass ich mit der Wahl des Architekten ein Wunsch-erfüller für die Stadt bin und war. Dadurch kommt auch sehr viel Wohlwollen aus der Stadtverwaltung.

**KLARTEXT:** Was würdest du dir von Verwaltung und Politik wünschen, damit solche Projekte noch leichter umzusetzen sind?

**Blume:** Auf jeden Fall Mut. Und zwar von Anfang an. Dass man mit Investoren, die wirklich etwas schaffen wollen, schnell in eine partnerschaftliche Zusammenarbeit kommt.

**KLARTEXT:** Vielleicht noch einmal: Wie wichtig war das architektonische Konzept?

**Blume:** Du brauchst für die Wahrnehmung und die Akzeptanz der Bevölkerung einfach eine gute Architektur. Ich gebe zu, ich wollte es früher spektakulärer haben. Ich wollte ein richtiges Highlight schaffen. Jetzt haben wir ein wunderschönes Gebäudekleid von einem tollen Architekten. Und wahrscheinlich ist das sogar besser, weil die Bevölkerung es so einfacher annimmt. Ich erinnere an viele Projekte in Hannover – die Hannoveraner brauchen oft 10 bis 20 Jahre, um sich daran zu gewöhnen. Wie bei den Nanas zum Beispiel.

**KLARTEXT:** Aber das ist ja auch in anderen Städten so. Große Ikonen brauchen Zeit. Beim Sydney Opera House war es genauso – erst meckern alle, dann sind sie glücklich.

**KLARTEXT:** Wenn du drei Wünsche frei hättest für die Innenstadt von Hannover – welche wären das?

**Blume:** Attraktivität, Attraktivität und Attraktivität.

**KLARTEXT:** Ganz persönlich: Worauf freust du dich bei diesem Projekt am meisten, wenn es fertig ist?

**Blume:** Auf ein kühles Bier oben auf der Dachterrasse.

**KLARTEXT:** Herzlichen Dank für dieses Interview, wir freuen uns schon jetzt auf die Fertigstellung der neuen Hannover-Ikone und auf weitere Projekte für Hannover von dir – zum Beispiel der ehemalige VW-Turm am Hauptbahnhof/Raschplatz.

Interview von Michaela Menschel für KLARTEXT mit Oliver Blume



Dachterrasse – Entwurf von Herzog & de Meuron



### Unsere Straßen sind uns Hannoveranern viel wert –

### *Damit das so bleibt, muss Hannover mehr Geld in ihren Erhalt investieren*

von Patrick Hoare, verkehrspolitischer Sprecher CDU-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Die von Oberbürgermeister Belit Onay geführte Stadtverwaltung hat angekündigt, in den Jahren 2026 und 2027 lediglich 13 Fahrbahndecken im gesamten Stadtgebiet sanieren zu wollen. Zur Erinnerung: Das Straßennetz der Landeshauptstadt Hannover misst eine Gesamtlänge von etwa

1.300 Kilometern. Ich habe mir die Mühe gemacht und nachgerechnet, wie lang die Strecke ist, die in den kommenden beiden Jahren saniert werden soll: **Es sind lediglich 5 Kilometer!** Aus Sicht der CDU-Ratsfraktion ist das viel zu wenig.

Noch vor wenigen Jahren ist das Straßeninfrastrukturvermögen der Landeshauptstadt auf einen Wert von ungefähr einer Milliarde Euro geschätzt worden. Hannovers Straßen und Wege sind also einiges wert. Damit das so bleibt, muss die Stadtverwaltung mehr Engagement an den Tag legen und vor allem dafür sorgen, dass mehr Geld für die Sanierung der Fahrbahndecken aufgewendet wird. Mit ihrem Sparkurs gefährdet die Stadtverwaltung jedoch diesen Werterhalt. Mehr noch – sie wird den berechtigten Ansprüchen der Menschen an ein intaktes Straßen- und Wegenetz nicht länger gerecht.

Zur Wahrheit gehört, dass die Stadtverwaltung nicht nur bei der Sanierung, sondern auch im Zuge der Grundenerneuerung im Bestand auf den Straßen und Wegen unserer Landeshauptstadt aktiv ist. Jedes Jahr investiert die Kommune noch immer hohe Beträge, um das Straßennetz zu erneuern und zu unterhalten. Dass dieser Betrag jedoch von 2,9 auf nun 1,75 Millionen Euro geschrumpft ist, liegt vor allem in einer falschen Prioritätensetzung. Nach eigenen Angaben könne die Stadtverwaltung in den kommenden Jahren nicht mehr als 13 Straßendecken sanieren, weil die dafür ursprünglich vorgesehenen

Gelder für andere Projekte gebraucht werden – darunter mit den Velorouten eines der Prestigeprojekte des amtierenden Oberbürgermeisters.

Die von der Stadtverwaltung vorgenommene Verlagerung der Prioritäten halte ich für falsch. Wir alle sind auf ein intaktes Straßen- und Wegenetz angewiesen – ganz gleich, ob wir mit dem Pkw, dem ÖPNV, mit dem Rad oder zu Fuß unterwegs sind.

**Die Sanierung von Straßen und Wegen darf nicht zugunsten von Prestigeprojekten, die nur wenigen nutzen, verschleppt werden.**

Ich halte deshalb zwei Dinge für geboten: Erstens muss im nächsten Kommunalhaushalt wieder mehr Geld für die Fahrbahnsanierungen reserviert werden. Zweitens muss sichergestellt werden, dass diese Mittel tatsächlich für ihren vorgesehenen Zweck eingesetzt werden. Der weitere Ausbau der Velorouten muss dann eben hintenanstehen.



Foto: Pixabay

# CDU-Ratsfraktion gegen „Digitalen Mietsmelder“

## Öffentlich finanziertes Denunziantentum schafft keine neuen Wohnungen

von Patrick Hoare

Steigende Mieten sind eine echte Herausforderung für viele Menschen in Hannover. Der von Grünen und SPD Anfang 2026 gegen die Stimmen der CDU im Rat der Landeshauptstadt Hannover beschlossene „Digitale Mietsmelder“ ist keine Lösung für dieses Problem. Er ist vielmehr

ein weiterer Beleg für eine ideologisch geprägte Wohnungspolitik, die auf Kontrolle statt auf Vertrauen setzt. Wer ernsthaft bezahlbaren Wohnraum schaffen will, muss die Rahmenbedingungen für Investitionen verbessern, Bauverfahren beschleunigen und Planungssicherheit gewährleisten.

**Stattdessen wird ein Instrument eingeführt, das Misstrauen schürt, Bürokratie ausweitet und kein einziges zusätzliches Zuhause schafft.**

**Mit dem Digitalen Mietsmelder werden private Vermieter unter Generalverdacht gestellt.** Gerade die vielen Kleinvermieter, die einen unverzichtbaren Beitrag zum Wohnungsangebot in unserer Stadt leisten, werden pauschal als potenzielle Regelverletzer stereotypisiert. **Das ist ein fatales Signal!**

Deutschland verfügt über eines der stärksten Mieterschutzsysteme weltweit. Mietspiegel, rechtliche Möglichkeiten gegen Mietwucher sowie Mietervereine und Verbraucherschutzzentralen bieten allen tatsächlich Betroffenen wirksame Unterstützung. Es besteht kein Bedarf für eine weitere Anlaufstelle bei der Stadtverwaltung, die dann auch noch vom Steuerzahler finanziert werden soll.

Besonders widersprüchlich ist dieser Ansatz mit Blick auf die Klimaziele im Gebäudesektor. Die energetische Modernisierung des Wohnungsbestands erfordert erhebliche Investitionen, die Eigentümer leisten müssen und über Mieteinnahmen refinanzieren. Wer gleichzeitig immer neue Kontrollinstrumente schafft und

ein Klima des Misstrauens fördert, gefährdet die Bereitschaft, genau diese Investitionen zu tätigen. Wer Klimaneutralität ernst meint, darf Vermieter nicht permanent unter Druck setzen, sondern muss verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, die Investitionen ermöglichen.

**Der grün-rote Aufruf zum öffentlich finanzierten Denunziantentum läuft diesem Gedanken diametral entgegen.**

Hinzu kommt eine klassische Überregulierung durch die Kommune. Aufbau, Betrieb und Auswertung eines Digitalen Mietsmelders verursachen zusätzliche Kosten und binden Personal, das an anderer Stelle dringend gebraucht wird – etwa bei der Genehmigung von Bauvorhaben. Zudem wirft die Erhebung sensibler Mietvertragsdaten erhebliche datenschutzrechtliche Fragen auf. Diese grün-rote Wohnungspolitik verschärft Probleme, statt sie zu lösen. Die CDU-Ratsfraktion lehnt den Digitalen Mietsmelder daher entschieden ab. Nach der Kommunalwahl wird sie ihren Beitrag dazu leisten, dieses überflüssige Instrument wieder abzuschaffen.

Der digitale Mietsmelder ist ein niedrighschwelliges Onlineportal. Für Menschen ohne Internetzugang kann auch telefonisch oder persönlich geprüft und gemeldet werden.



## Das Ihmezentrum – vom „Klotz des Anstoßes“ zum Leuchtturmprojekt?

Kommentar von Uta Gebhardt und Markus Linnenberg für den Arbeitskreis Stadtentwicklung

Das Ihmezentrum in Hannover steht seit Jahren sinnbildlich für gescheiterte Stadtentwicklung – und zugleich für eine der größten Chancen der Stadt. Der Arbeitskreis Stadtentwicklung der CDU setzt sich aktuell intensiv mit der Situation vor Ort auseinander und kommt zu einer klaren Einschätzung: So wie bisher kann es nicht weitergehen.

In den 1970er Jahren als visionäres Großprojekt geplant, sollte das Ihmezentrum eine „**Stadt in der Stadt**“ sein – ein Ort, an dem Wohnen, Arbeiten und Einkaufen eng miteinander verzahnt sind. Heute ist davon wenig geblieben. Große Teile des Komplexes stehen leer, das ehemalige Einkaufszentrum mit rund 60.000 Quadratmetern Fläche ist weitgehend verwaist, und vielerorts prägen Vandalismus und baulicher Verfall das Bild.

Dabei leben im Ihmezentrum weiterhin rund 1.500 Menschen in etwa 630 Wohnungen. Gleichzeitig könnten Büroflächen für ebenfalls rund 1.500 Beschäftigte genutzt werden – tatsächlich stehen sie größtenteils leer. Diese Diskrepanz zeigt deutlich: Das Problem ist nicht der Standort, sondern die fehlende Entwicklungsperspektive.

### Komplexe Eigentumsverhältnisse als zentrales Hindernis

Ein wesentlicher Grund für den Stillstand liegt in den komplizierten Eigentumsstrukturen. Während ein Großteil der gewerblichen Flächen der inzwischen insolventen Projekt-Ihme-Zentrum GmbH (PIZ) zuzurechnen ist, befinden sich die Wohnungen im Besitz von rund 530 privaten Eigentümern. Besonders problematisch sind die Sockelgeschosse, die sich im Gemeinschaftseigentum befinden und heute als städtebauliche Schwachstelle gelten.

Hinzu kommt: Eine funktionierende Einbindung in den Stadtteil Linden-Nord fehlt bis heute. Das Areal wirkt in weiten Teilen abgeschottet und wenig einladend – ein Zustand, der dem Potenzial dieses zentral gelegenen Standorts in keiner Weise gerecht wird.

### Impulse aus der Stadtgesellschaft

Wichtige Impulse kommen seit Jahren aus der Zivilgesellschaft. Die Zukunftswerkstatt Ihmezentrum e.V. hat mit großem Engagement und fachlicher Expertise konkrete Vorschläge für eine Revitalisierung erarbeitet. Ihr Ansatz: eine „hannoversche Lösung“, bei der mehrere regionale Investoren gemeinsam Verantwortung übernehmen und das Projekt mit Unterstützung von Stadt und Land neu ordnen.

Die Ideen liegen auf dem Tisch: Leerstehende Büroflächen könnten in dringend benötigten Wohnraum umgewandelt werden. Die Sockelzonen bieten Potenzial für eine „produktive Stadt“ – mit Handwerk, innovativen Betrieben und Start-ups, möglicherweise in Kooperation mit der Leibniz Universität Hannover. Neue Wegeführungen, bessere Rad- und Fußverbindungen sowie eine Aufwertung des Ihmeufers könnten das Quartier öffnen und wieder mit dem Stadtteil verzahnen.

### Ohne die Stadt geht es nicht

**Klar ist aber auch: Ohne ein aktives Engagement der Stadt wird diese Entwicklung nicht gelingen.**

## Wohnen, Bauen & Infrastruktur

Die bisherige Haltung, man könne aufgrund der Eigentumsverhältnisse nur begrenzt eingreifen, greift zu kurz. Vielmehr braucht es eine koordinierende Rolle der Verwaltung – als Vermittlerin zwischen Eigentümern, Investoren und weiteren Akteuren.

Die Ausweisung des Ihmezentrums als Sanierungsgebiet wäre ein wichtiger Schritt, um Zugang zu Fördermitteln zu erhalten und notwendige Maßnahmen gezielt zu steuern. Jetzt ist politischer Gestaltungswille gefragt.

### Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten

Der Arbeitskreis Stadtentwicklung ist der Überzeugung, dass die Politik beim Ihme-Zentrum nicht länger wegsehen darf.

Die CDU kann und sollte hier eine Führungsrolle übernehmen, um eine konstruktive und verantwortungsvolle Entwicklung dieses zentralen Stadtquartiers voranzutreiben.

Auch mögliche Partner aus der Wirtschaft stehen bereit. So hat ein erfolgreicher Hannoveraner Immobilienentwickler bereits Interesse an einem Engagement signalisiert. Eine solche Zusammenarbeit könnte den Weg für eine tragfähige „hannoversche Lösung“ ebnen.

Das Ziel muss sein, aus dem heutigen Problemfall wieder ein lebendiges, integriertes Quartier zu machen – und im besten Fall ein Vorzeigeprojekt moderner Stadtentwicklung.

## Ordnung & Nutzung des öffentlichen Raums



### Schluss mit dem Rollerchaos!

## Hannover braucht verbindliche Regeln für E-Scooter

Von Felix Semper, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Seit einigen Jahren prägen elektronische Leihroller das Bild einer jeden modernen Großstadt. Einerseits stehen sie sinnbildlich für flexible Mobilität und kurze Wege, andererseits für versperrte Wege und eine gefährliche Beeinträchtigung vor allem des Fuß- und Radverkehrs. Vielen Bürgerinnen und Bürgern steht das Rollerchaos auf den Straßen und Wegen der Landeshauptstadt Hannover bis zum Hals. Die CDU-Ratsfraktion setzt sich deshalb schon seit geraumer Zeit für verbindliche Regeln im Umgang mit E-Scootern ein.

### Der öffentliche Raum gehört uns allen gemeinsam.

Wer zu Fuß, mit dem Kinderwagen, dem Rollator oder mit dem Fahrrad unterwegs ist, muss sich auf freie und sichere Wege verlassen können. Doch immer wieder sehen wir uns mit regelwidrig abgestellten E-Scootern konfrontiert, die ein gefahrloses Bewegen im öffentlichen Straßenraum vielerorts nahezu unmöglich machen. Vor allem die Innenstadt wird mit einem Überangebot an Leihrollern überflutet. In der Ratspolitik beobachten wir diese Entwicklung kritisch.



## Ordnung & Nutzung des öffentlichen Raums

Freiwillige Vereinbarungen mit den Anbieterfirmen reichen schon lange nicht mehr aus, um dem Rollerchaos Einhalt zu gebieten.

Gegenüber den Anbieterfirmen setzen wir uns deshalb für verbindliche Regeln ein, indem wir das Angebot von elektronischen Leihrollern in die Sondernutzungssatzung aufnehmen und für jedes einzelne Fahrzeug Gebühren bei den Anbietern erheben wollen. Auf Initiative der CDU und weiterer Ratsfraktionen hat die Stadtverwaltung zudem in der Innenstadt damit begonnen, exklusive Abstellzonen für E-Scooter einzurichten. **Durch den Einsatz von Geofencing-Technologie soll es zukünftig nicht mehr länger möglich sein, die Ausleihe eines E-Scooters außerhalb dieser Zonen zu beenden.**

Konsequenterweise fordern wir, die Maßnahmen auch auf die Stadtteile außerhalb der Innenstadt auszuweiten.

Wir verfolgen mit der Reglementierung des E-Scooter-Angebots eine Verkehrspolitik mit Augenmaß. Neuen Mobilitätsformen wollen wir uns nicht verschließen, aber wir bestehen darauf, dass sie sich in eine bewährte Ordnung einfügen. Wenn Sicherheit und Rücksichtnahme gewährleistet sind, können E-Scooter tatsächlich eine sinnvolle Ergänzung des Mobilitätsangebots in Hannover darstellen. Moderne Mobilität entsteht dort, wo Fortschritt und Verantwortung zusammenwirken. Nur wenn dem Rollerchaos dauerhaft Einhalt geboten wird, entsteht die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung.



**Innovation darf nicht zu Lasten von Ordnung und Rücksichtnahme gehen.**

Fotos: CDU Fraktion Hannover-Stadt



Foto: Sebastian Fesser

## Kunst oder nur ein Vorwand, wieder mal eine Straße zu sperren?

Kommentar von Sebastian Fesser

Die Eröffnung des 8 Tonnen schweren Kunstwerks der Künstlerin Florentina Holzinger sorgte bereits bei der Eröffnung für intensiven Gesprächsstoff vor Ort und in den sozialen Medien: Vier komplett nackte Skaterinnen, darunter auch die Künstlerin selbst, haben die Crash-Pipe, die vor dem Künstlerhaus in der Sophienstraße aufgestellt wurde, eingeweiht. Dabei handelt es sich um eine Halfpipe zum Skaten, flankiert von vier Schrottautos, auf denen sie (zumindest optisch) thront.

**Provokant, sicherlich auch extrem mutig**, aber dem aktuellen Zeitgeist im Hinblick auf die Causa Fernandes vielleicht nicht ganz angemessen. Die Frage, ob das wirklich nackt geschehen muss, mag in der künstlerischen Freiheit aufgehen, hatte jedoch hunderte von teils echauffierten Kommentaren bei Facebook und Instagram zur Folge. Aber mindestens genauso hat die Frage bewegt, ob man wirklich (wieder) eine Straße in der hannoverschen Innenstadt für den Straßenverkehr sperren muss.

Wer erinnert sich nicht an 2021, als die Stadt diverse Straßen in Hannover, unter anderem auch die jetzt betroffene Sophienstraße oder gar die Raschplatz-hochstraße, für ihre „Experimentier-räume“ gesperrt hat.

Nachdem nicht nur sprichwörtlich genau ums Eck im letzten Jahr der peinliche Vorfall mit der Zisterne und den Gebäudeschäden in der Prinzenstraße Hannover weites Thema war, nun also wieder die Sperre einer Zufahrt ins Herz der City.

Geplant ist es, die Installation für einen Monat vor dem Künstlerhaus stehen zu lassen, danach soll ein Umzug an den Raschplatz stattfinden. Dort kann diese Rampe sogar für etwas Auflockerung sorgen, solange der Platz aber noch nicht umgebaut ist, stellt sich halt die Frage, wie harmonisch Skaten in einem solchen Umfeld ist.

Warum das Kunstwerk nicht direkt auf dem Hof des Künstlerhauses, der durchaus mit LKW befahrbar ist, aufgestellt wurde, bleibt unklar. Vielleicht liegt es an der Aussage der Künstlerin, mit der sie die **„stupide Dreistigkeit, mit der Autofahrende den städtischen Raum für sich beanspruchen“** in den Fokus stellt. Doch sind es nicht genau diese „dreisten Autofahrenden“, die einen großen Teil der Citykunden ausmachen und die sowieso schon nicht mehr besonders attraktive Innenstadt mit Leben füllen?

Inwieweit hier aber eine Straßensperrung einer Cityzufahrt für einen ganzen Monat der Kunst „geopfert“ werden kann, ist dann doch durchaus diskussionswürdig. Vielleicht genau das, was die Künstlerin bezweckt.

**Ich zumindest halte es für fraglich, ob die Sperrung einer verkehrstechnisch wichtigen Straße für ein Kunstwerk im Verhältnis zum Nutzen steht.** Kunst lebt im Allgemeinen auch von provokanten Ideen, wie ja bereits die freizügige Eröffnung gezeigt hat, aber eigentlich sollte die Zeit des Experimentierens nun vorbei sein.



Stadionsbad – Kein Vorzeigeschwimmbad mehr.

## Städtische Bäder in Hannover: Ein Irrweg ohne Ende?

von Thomas Klapproth, Ratsherr und CDU-Bürgermeister

Seit 1999 gibt es für die Stadt Hannover ein „Bäderkonzept“, damals verabschiedet vom Rat der Stadt mit der Option, es in den Folgejahren regelmäßig anzupassen. Letztmalig geschah dies 2022 für die Jahre 2022 bis 2026.

Ziel des Konzeptes war und ist der Abbau des Sanierungsbedarfes, eine Profilbildung der Bäder mit Neuregelung der Nutzungs- und Öffnungszeiten sowie der Neuordnung der Schwimmzeiten.

Was anfangs vielversprechend begann, entwickelte sich im Verlauf der letzten 10 Jahre immer mehr zum Misserfolg eines gut gemeinten Plans.

**Das Fössebad:** 2017 wurde beschlossen das beliebte, aber marode Hallenbad in Linden als Neubau mit einem 50 m Becken zu realisieren. Drei Jahre später, 2022: die Planung und die Ausschreibung hatten noch nicht einmal begonnen, wurde die Umsetzung durch eine veränderte Planung weiter verzögert: nun sollte ein Kombibad entstehen, das Hallenbad plus ein Freibad mit Kindererlebnisbereich. Obwohl im Zeitplan der Beschlussdrucksache die Eröffnung für August 2024 vorgesehen war, lief erst 2025 die Vergabe der Planungen durch die Verwaltung an.

Eine maßlose Verzögerung, die erhebliche Mehrkosten zur Folge hat, die kaum noch zu leisten sind.

**Dauerbrenner Stöckener Bad:** ist schon lange ein Sanierungsfall und möglicherweise reif für einen Abriss. Dieser wurde im Sommer 2024 durch Protest und einer Petition der Menschen vor Ort sowie der Kommunalpolitik immerhin verhindert. Planungsgelder wurden 2025 eingesetzt, aber bis heute liegt kein konkretes Sanierungs- oder Neubaukonzept vor, **damit ist frühestens 2027 zu rechnen.**



Stadionbad – Baden hinter Gittern.

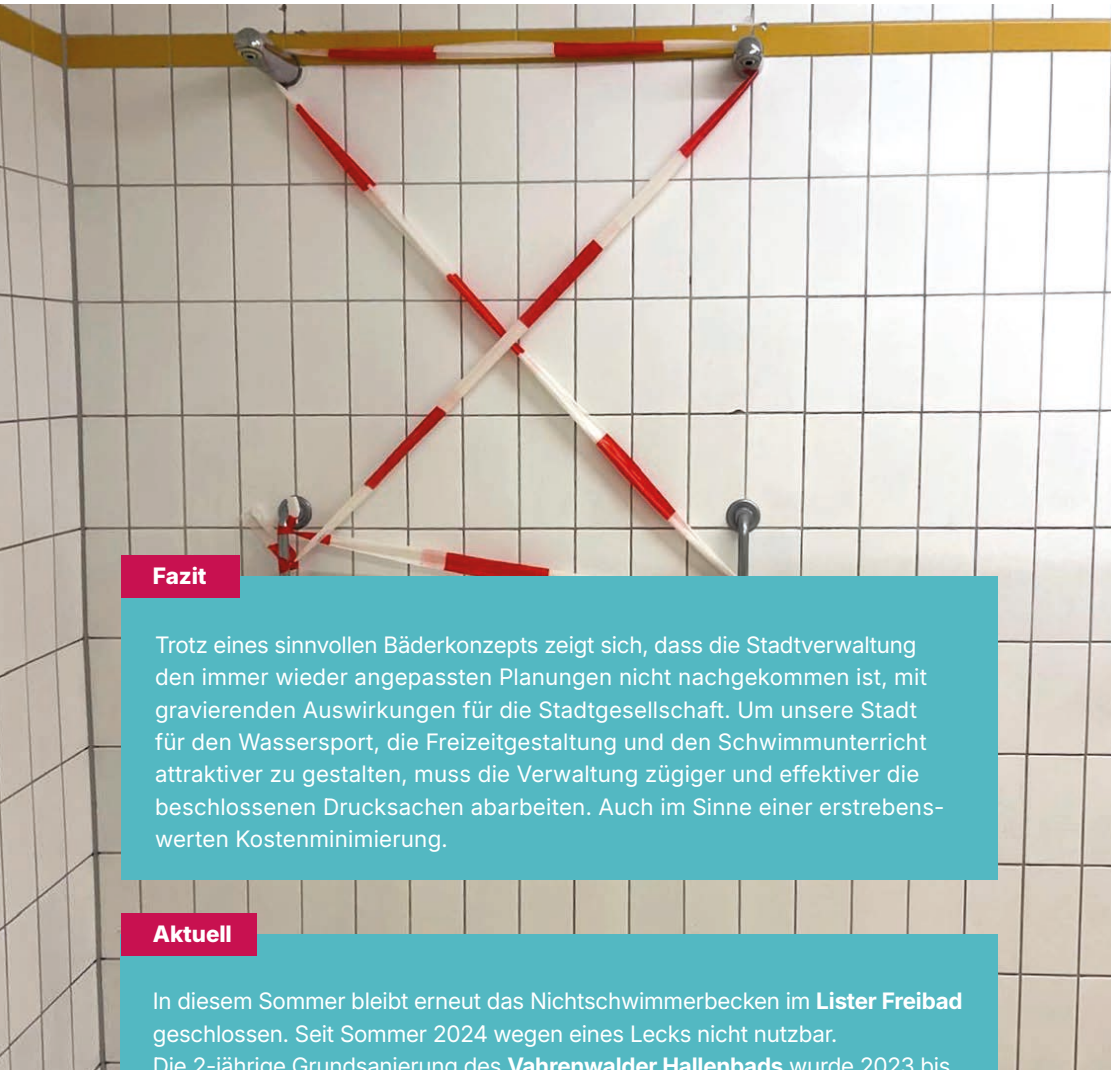


Stöckener Bad – Nicht wirklich einladend.

**Das Stadionbad:** das einzige hannoversche Hallenbad mit wett-kampffähigen 50-Meter-Schwimmbahnen, befindet sich seit Jahren im Sanierungsstau (Fenster drohen einzustürzen, Schwimmbecken sind undicht, etc.). Trotz Kenntnis der Mängel wurde das Bad bisher nicht endsaniert. Eine große Sanierung wurde verschoben, weil Hannover bis zur Fertigstellung des Fössebades sonst keine alternative ganzjährig verfügbare 50-Meter-Wettkampfstätte hätte, **ein Desaster für die Athleten unserer Schwimmvereine!**

Einzig das **Misburger Bad** ist ein Beispiel für eine im Konzept-zusammenhang realisierte größere Maßnahme; doch selbst in diesem Bad zeigen sich bereits nach zwei Jahren Schwimmbetrieb Baumängel, die derzeit weiter behoben werden müssen.

Vahrenwalderbad – Herrenduschen



### Fazit

Trotz eines sinnvollen Bäderkonzepts zeigt sich, dass die Stadtverwaltung den immer wieder angepassten Planungen nicht nachgekommen ist, mit gravierenden Auswirkungen für die Stadtgesellschaft. Um unsere Stadt für den Wassersport, die Freizeitgestaltung und den Schwimmunterricht attraktiver zu gestalten, muss die Verwaltung zügiger und effektiver die beschlossenen Drucksachen abarbeiten. Auch im Sinne einer erstrebenswerten Kostenminimierung.

### Aktuell

In diesem Sommer bleibt erneut das Nichtschwimmerbecken im **Lister Freibad** geschlossen. Seit Sommer 2024 wegen eines Lecks nicht nutzbar. Die 2-jährige Grundsaniierung des **Vahrenwalder Hallenbads** wurde 2023 bis April 2025 durchgeführt. Aufgrund technischer Probleme der neu installierten Lüftungsanlage musste das Bad im Februar 2026 erneut kurzzeitig schließen. Die nicht mehr zeitgemäßen Sanitärzellen und Duschen und der Umkleidebereich warten weiter auf die Sanierung.



## Energiewende in Hannover Wird das Kraftwerk Stöcken zu früh abgeschaltet?

von Helmut Jantos

Am 03. März ist die Abschaltung von Block I des Kohlekraftwerks Stöcken von den Grünen gefeiert worden. Was wird dort gefeiert?

**Abschalten ist nicht schwer, für klimaneutralen Ersatz sorgen, hingegen schon.**

Symbolpolitik macht nicht unabhängig von Erdgas und liefert keinen Strom, schon gar nicht kostengünstig.

Die kaum verkraftete Gaskrise hat deutlich gemacht, wie wichtig Versorgungssicherheit und günstige Energiepreise sind. Die Reaktivierung von Kohlekraftwerken und die Verlängerung der Kernkraftwerks-

laufzeiten haben uns in der Krise gute Dienste geleistet. Inzwischen sind diese Kraftwerke von der Ampelregierung endgültig stillgelegt. Statt von russischem Erdgas hängen wir jetzt von LNG-Lieferungen aus den USA und Katar ab, wie uns der Krieg im Mittleren Osten in Erinnerung ruft. Deswegen ist Erdgasförderung in Deutschland Übergangsweise notwendig.

Die Grünen verweisen anlässlich der Abschaltung des Kraftwerks Stöcken auf Strom aus Erneuerbaren Energien, die dieses ersetzen. Stimmt das denn? **Hannover ist keine Insel, sondern ein Teil des mitteleuropäischen Strommarktes.**

## Energie & Umwelt

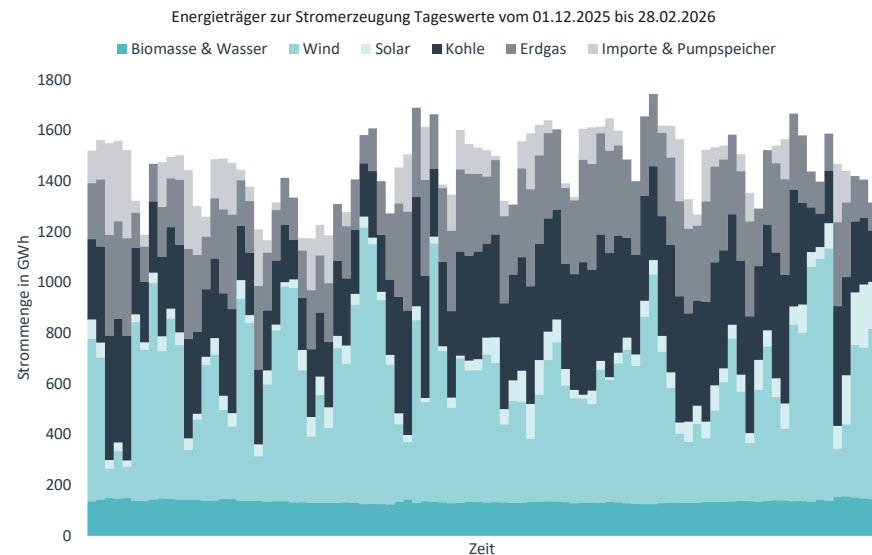
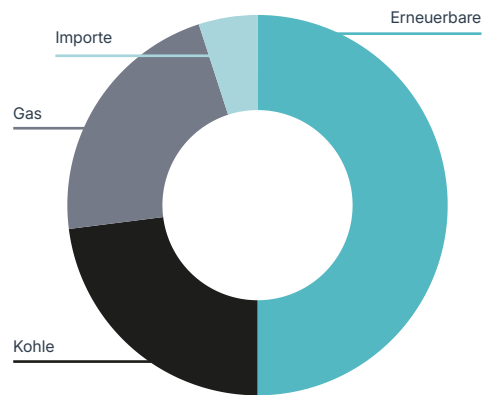
Ein Blick auf die Zahlen für Deutschland (Quelle: smard.de) für den letzten Winter zeigt, dass die Erneuerbaren Energien im Mittel nur gut 50 % zur Bedarfsdeckung beigetragen haben. Es gab an keinem Tag im Saldo Überschüsse an erneuerbarem Strom. Womit also sollen E-Autos geladen und Wärmepumpen betrieben werden? So wie der Energieträgermix in Deutschland geplant wurde, werden fast den ganzen Winter Wärmekraftwerke benötigt, nicht nur bei sogenannten Dunkelflauten. Die Unabhängigkeit der Wärmepumpenbetreiber vom Erdgas ist noch für viele Jahre nur eine Illusion. Der Anteil an Gas am Strommix hat von 2019 auf 2025 sogar von 10,6 % auf 14,2 % zugenommen.

Kohlekraftwerke kommen nur zum Einsatz, wenn die Erneuerbaren nicht reichen, nur dann erzeugen sie CO<sub>2</sub>.

Der Verbleib des Kraftwerks im Markt bedeutet noch keine Emissionen, aber eine wertvolle Versicherung.

Nach dem Marktmachtbericht des Bundeskartellamtes ist Deutschland bereits jetzt fast ein Viertel der Zeit auf Stromimporte angewiesen.

### Abschalten allein reicht nicht:



Die selbst gesetzten Ziele beim Windenergieausbau hat die Ampelregierung weit verfehlt. Niedersachsen liegt beim Windkraftausbau weit hinter dem kleineren, dichter besiedelten und windärmeren Nordrhein-Westfalen. Solaranlagen liefern im Winter nur sehr wenig Strom. Der Strombedarf im Winter hingegen steigt durch die Wärmewende massiv. Batterien können maximal für Tage Energie speichern, lösen aber das Sommer-Winter-Problem nicht. Kohlekraftwerke sollen in großem Umfang abgeschaltet werden. Wie soll das funktionieren?

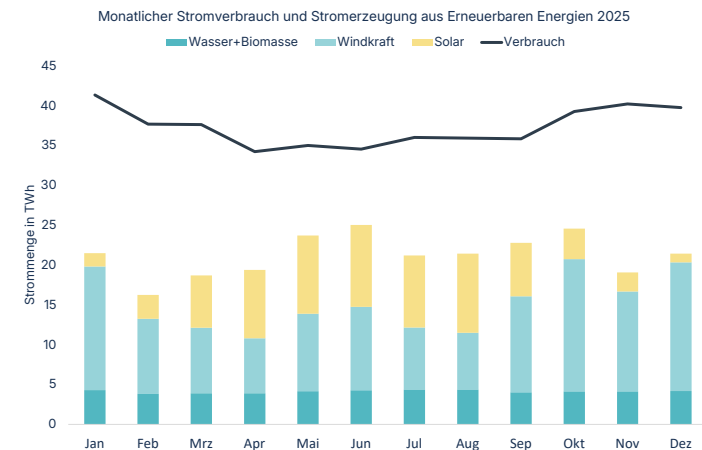
Der Bericht der Bundesnetzagentur zur Versorgungssicherheit sieht in den kommenden Jahren einen großen Bedarf an Kraftwerkskapazitäten. Gaskraftwerke müssen erst noch gebaut werden, bislang gibt es nicht einmal ein Gesetz, aber die Klageindustrie hat schon Widerstand angekündigt. Selbst die Ampelregierung hat erst ab 2035 grünen Wasserstoff für diese Kraftwerke vorgesehen, aber grüner

Wasserstoff ist kaum in Sicht (Robert Habeck hatte Lieferungen aus Abu Dhabi vereinbart). Welche Maßnahmen wurden in Hannover zur Erzeugung von grünem Wasserstoff ergriffen? Keine.

### Klimaneutrale Energienutzung braucht nicht nur Micro-PV-Anlagen und Symbole, sondern einen abgestimmten Mix aus Erneuerbaren Energien, CO<sub>2</sub>-armen Wasserstoff, Batteriespeichern, verschiedenen Anwendungstechnologien und Netzen zur richtigen Zeit am richtigen Ort.

Erst dann können Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Davon sind wir sehr weit entfernt. Wirtschaftsministerin Reiche versucht gerade mit verschiedenen Gesetzespaketen Ordnung in das vorgefundene Chaos zu bringen.

Fazit: **Ein Kohlekraftwerk jetzt schon abzuschalten ist kein Grund zum Feiern, sondern verantwortungsloser Klimapopulismus.** Abschalten allein reicht nicht.



# Mein Freund der Baum

von Stefanie Matz

Meine Spaziergänge am Maschsee machen mich zunehmend traurig und auch verärgert. Zahlreiche angenagte Baumstämme, oft typisch sanduhrförmig, großflächig fehlende Rindenbereiche an den Stämmen oder nicht selten gänzlich umgestürzte Bäume mit zurückgebliebenen kegelförmigen Baumstümpfen fallen deutlich sichtbar ins Auge – klare Hinweise, dass hier der Biber am Werk ist. Das unter Naturschutz stehende Nagetier lebt seit circa 2005 mit steigender Anzahl in der Leinemasch und erobert sich seit geraumer Zeit auch den Maschsee und den benachbarten Vierthaler Teich im Süden. **Das ist begrüßenswert und erfreulich einerseits, aber andererseits schmerzt es mich sehr, wenn stattliche Bäume, weil sie durch den Biberfraß so geschädigt wurden, absterben und umstürzen.** Jeder Baum trägt zur Klimaverbesserung bei, in der heutigen Zeit wichtiger denn je. Zwar werden inzwischen zum Teil Baumstämme von Drahtgittern geschützt, nicht immer gelingt das und nicht bei allen Bäumen ist das möglich.



Ja, der Biber steht unter Naturschutz, ist weiterhin deutschlandweit vom Aussterben bedroht, aber was nehmen wir dafür in Kauf?

**Gibt es nicht einen pragmatischen Mittelweg?** Möglicherweise sind einige der Schäden auch durch Nutrias (Biberratte) verursacht, die sich in Deutschland insbesondere in Niedersachsen und NRW sehr stark ausgebreitet haben und zum Teil gravierende Schäden an Deichen und Uferbefestigungen verursachen.

Jetzt ist es an der Zeit, sich Gedanken zu machen, einen Ausweg zu finden: den Biber nicht als Feind zu sehen aber auch nicht all' die Freunde, unsere Bäume, zu verlieren!

## Die CDU fragt nach

Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Maximilian Oppelt wird für die Ratsversammlung im Mai eine Anfrage einbringen, um von der Stadtverwaltung in Erfahrung zu bringen, wie hoch die Biber- bzw. Nutriapopulation auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Hannover ist und mit welchen Auswirkungen auf den Baumbestand angesichts der Nageraktivitäten am Maschseeufer gerechnet werden muss? Reicht es aus, die Bäume zu schützen oder wird seitens der Verwaltung auch die Regulierung der Nagetierbestände in diesem Bereich (z. B. Umsiedlung) in Erwägung gezogen?



# Peter Karst – **Damit Hannover funktioniert**

von Peter Karst

„Damit Hannover funktioniert“ – mit diesem Slogan hat CDU-Oberbürgermeisterkandidat Peter Karst sich einiges vorgenommen. Damit es funktioniert, gilt es einen großen Berg unerledigter oder schiefgelaufener Projekte aus den vergangenen Jahren **grün-roter Verantwortung** beiseitezuräumen, nicht nur den nicht geräumten Schnee im Januar.

Paradebeispiel hierfür ist die Prinzenstraße. Der Gedanke einer unterirdischen Zisterne zur Begrünung von Teilen der Innenstadt bei gleichzeitiger Linderung von Problemen mit Niederschlagswasser ist bestechend. Dauerhaft unterirdisch ist an diesem Projekt aber leider allein dessen dilettantische Ausführung.

Wer hat was geplant, welche Statik freigegeben oder überhaupt erst einmal erstellt, wer hat die Auswirkungen von Rammarbeiten auf benachbarte Häuser und Fundamente vorab fachkundig geprüft, gegebenenfalls vorsorglich ein Beweissicherungsverfahren durchgeführt?

**Fragen über Fragen, die zeigen, wie ein im Prinzip interessantes Projekt durch ideologisch bedingte Borniertheit konsequent an die Wand gefahren wurde.**

Da hat im Vorfeld vieles nicht funktioniert, was jetzt durch unabhängige Fachleute und Gerichte aufgearbeitet werden muss.



*Es gibt sehr viel zu tun, damit Hannover funktioniert.*

Auf nicht wesentlich mehr Kompetenz trifft, wer wegen schwerer Einkaufstaschen oder Schwierigkeiten beim Gehen mit dem Auto in die City fahren möchte. Nicht nur, dass der Weg für sich allein schon wegen zahlreicher Baustellen und Verkehrsbehinderungen gefühlte Ewigkeiten dauert; einen Parkplatz zu finden, der kurze Wege zu Geschäften oder sonstigen Anlaufpunkten ermöglicht, ist außerhalb teurer Parkhäuser fast unmöglich. Damit nicht genug, ist der grüne Oberbürgermeister auf die zum Glück abgelehnte Idee verfallen, ohnehin schon sehr knappen Parkraum in der Innenstadt auf kaum noch erschwingliche 4,80 Euro pro Stunde zu verteuern.

***Inbesondere ältere, häufig kaufkräftige Mitbürgerinnen und Mitbürger fahren dann nicht etwa mit „Öffis“ oder dem Lastenfahrrad in die Innenstadt, sondern schlicht gar nicht mehr.***

Speziell inhabergeführte **Einzelhandelsgeschäfte, die nach und nach für immer schließen**, legen davon Zeugnis ab. So jedenfalls funktioniert weder der Einzelhandel in der Innenstadt noch die Steigerung der Attraktivität der Innenstadt für alle Bevölkerungsgruppen. Auch Handel und Handwerk würden zusätzlich behindert, müssten zudem weitere Kostensteigerungen wiederum zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger auf ihre Preise umlegen.

Aber eine funktionierende Stadt beschränkt sich nicht auf die Innenstadt. Schon auf dem Weg dorthin gibt es viel Raum z. B. für intelligente Ampelschaltungen oder ein Baustellenmanagement, das Behinderungen auf ein Minimum reduziert und über unvermeidbare Einschränkungen transparent und zeitnah informiert. Nur am Rande sei erwähnt, dass sich nur auf den Weg macht, speziell mit Öffentlichen Verkehrsmitteln, wer sich sicher fühlt. Das muss funktionieren.

Angekommen in den Wohnquartieren braucht eine funktionierende Landeshauptstadt Wohnraum und Infrastruktur für alle Bevölkerungsgruppen. Dazu zählen altersgerechte

Wohnungen genauso wie erschwinglicher Wohnraum für Familien. Vorhandene Flächen sind daher verantwortungsvoll zu nutzen, ohne die **ohnehin schon strengen Bauvorschriften ohne Not noch weiter zu verschärfen** und das Bauen weiter zu verteuern. Das bedeutet, dem Platzbedarf für neue Wohnquartiere innerhalb der Stadtgrenzen genauso Rechnung zu tragen wie Aspekten von Natur- und Umweltschutz, dem Platzbedarf nach Gewerbeflächen, aber auch beispielsweise den Bedürfnissen der Kleingärtner, auf deren Flächen immer mal wieder begehrt geschaut wird.

Schließlich, egal ob man in die Wohngebiete schaut oder in die Innenstadt – ein funktionierender Winterdienst ist unerlässlich. Der Schneefall im Januar hat dies mehr als deutlich gemacht. Die Mitarbeitenden von aha haben ihr Bestes gegeben, im Ergebnis hat es dennoch nicht funktioniert, dass alle sich ungehindert bewegen konnten.

Kantsteine an Straßenkreuzungen und -überquerungen, Zuwege zu Haltestellen, viele öffentliche Gehsteige waren und blieben unpassierbar. Dies hat schon Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne Beeinträchtigungen stark behindert. Wer nicht (mehr) so gut gehen kann oder mit Kinderwagen oder Rollator unterwegs war, wäre besser gleich ganz zu Hause geblieben. Ein funktionierendes Management vorhandener und vielleicht auch kurzfristig verstärkender Kapazitäten wurde schmerzlich vermisst.

Schon diese willkürliche und keineswegs vollständige Aufzählung macht es mehr als deutlich – es gibt sehr viel zu tun, damit Hannover funktioniert.

**Wann immer sie dieses Lockenkopf-Logo in den kommenden Wochen und Monaten in der Öffentlichkeit zu sehen bekommen: es ist Teil einer Kampagne, damit Hannover funktioniert.**



Michaela Menschel, CDU und Oliver Junk, CDU Kandidat für das Amt des Regionspräsidenten

# Oliver Junk – Warum Kompetenz jetzt zählt

Die Region Hannover ist kein politisches Experimentierfeld. Mit über 1,2 Millionen Einwohnern, Milliarden an Steuergeldern und öffentlichen Mitteln sowie tausenden Beschäftigten gehört sie zu den größten und komplexesten Kommunalverwaltungen Deutschlands. Wer hier Verantwortung übernimmt, führt nicht nur Debatten – sondern vor allem eine hochkomplexe Organisation. Der Regionspräsident oder die Regionspräsidentin entscheidet über einen Haushalt von über

3 Milliarden Euro jährlich und steuert direkt ca. 3.700 Mitarbeitende sowie indirekt ein System mit weit über 15.000 Beschäftigten.

Doch im aktuellen Wahlkampf entsteht zunehmend der Eindruck, dass dieses Amt von manchen Parteien vor allem als politische Bühne verstanden wird. Verwaltungserfahrung? Führung großer Behörden? Steuerung von Haushalten in Milliardenhöhe? Für einige Kandidaten offenbar zweitrangig.

Oliver Junk sieht das anders. Als erfahrener Verwaltungschef und Jurist steht er für einen klaren Anspruch: Dieses Amt braucht einen Neustart und den Willen, Entscheidungen nicht nur zu formulieren, sondern auch wirksam umzusetzen.

Im Gespräch mit Michaela Menschel, CDU für KLARTEXT erklärt er, warum Verwaltung kein Nebenjob ist, weshalb ein externer Blick Chancen bieten kann – und was er konkret anders machen will.

**KLARTEXT:** Oliver, du hast die Region Hannover in den ersten Wochen seit Bekanntwerden deiner Kandidatur intensiv besucht, mit vielen Menschen gesprochen und dich bei Unternehmen, in Bildungseinrichtungen und Krankenhäusern umgehört: Was sind aus deiner Sicht aktuell die drängendsten Themen in diesem Wahlkampf?

**Oliver Junk:** Das stimmt. Ich hatte angekündigt, dass ich die Region durchdringe und das mache ich sehr intensiv. Und ich nehme eine Unzufriedenheit wahr. **Die Region ist zu weit weg und erledigt die Anliegen nicht bürgernah und nicht schnell genug.**

Die Menschen haben berechtigte Sorgen: Wie geht es weiter mit ihren Arbeitsplätzen? Was ist mit der Inflation? Steigen die Energiekosten weiter? Und auch in der Region müssen wir Antworten darauf geben und die Themen Wirtschaft und Arbeit nach vorne ziehen.

Ich möchte die Regionsverwaltung zu einer Genehmigungsverwaltung umbauen und habe Lust darauf, dass Prozesse gelingen. Wirtschaftsförderung bedeutet nicht: Noch mehr Menschen in Wirtschaftsförderungsgesellschaften, sondern Geschwindigkeit bei Genehmigungen.

**Ich möchte, dass eine ganze Verwaltung Gefallen daran findet, nicht Vorgänge zu verhindern, sondern Vorgänge zum Gelingen zu bringen.**

**KLARTEXT:** Ich würde da gerne noch einmal nachhaken: Die wichtigsten Themen sind Arbeit und Wirtschaft – das ist ein riesengroßer Komplex. Aber gibt es noch weitere Schwerpunkte?

**Oliver Junk:** Ich denke, das Thema Sicherheit ist ein total wichtiges Thema und das gilt für viele Bereiche. Sicherheit beim Thema Wohnen, soziale Sicherheit, Sicherheit beim Thema Arbeit, Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr, Sicherheit auch im Bahnhofsumfeld, Sicherheit hier vor der Marktkirche, wo unser Interview stattfindet.

Ich finde es bemerkenswert traurig, dass unsere Mitbewerber hier behaupten, wir setzten ein Thema, das es in Wirklichkeit nicht gäbe.

Ein weiteres Thema ist der ÖPNV. Ich halte viel davon, nicht gegen das Auto zu denken, sondern Pendlerströme, PKW, Busse, Bahnen und Parkplätze zusammenzudenken. Es geht nicht nur um die Einwohner, sondern auch um **hunderttausende Ein- und Auspendler. Man muss in eine Stadt hineinkommen – und auch wieder entspannt heraus.**

Und noch ein Thema, das gerne nur unterbelichtet betrachtet wird: Wer trägt die Region? Das sind nicht nur tausende von Beschäftigten in der Regionsverwaltung, im Rathaus der Landeshauptstadt oder in den Rathäusern der einzelnen und weiteren 20 Städten und Gemeinden, sondern das ist Zivilgesellschaft und Ehrenamt. Wer macht was los in den Vereinen, wer organisiert denn die Schützenfeste, die wir jetzt erleben werden? Wer kümmert sich darum, dass unsere Gemeinden und Städte funktionieren? **Wir müssen uns mehr um die kümmern, die die Gesellschaft tragen und zwar nicht nur von 8 bis 16 Uhr, sondern darüber hinaus.** Ich möchte die Region Hannover zur Ehrenamtsregion Nr. 1 in Deutschland machen.

**KLARTEXT:** Du bist Jurist, warst Oberbürgermeister in Goslar und lehrst als Professor für Verwaltungsrecht. Was bedeutet es konkret, Verantwortung für tausende Mitarbeitende und Milliarden an Steuergeldern zu tragen?

**Oliver Junk:** Du meinst, was ein perfekter Regionspräsidenten können muss? Nun, zunächst mal ist die Frage zu beantworten, ob es in der Region so weitergehen soll wie bisher oder ob eine Veränderung nötig ist.

**Ich bin überzeugt:  
Die Region benötigt  
einen echten Neustart.**

Ich bin gewiss nicht perfekt, aber bereit dazu. Ich möchte eine Region, die nicht weiter so läuft: Entscheidung oben, Bezahlung unten. Eine Verwaltung, die größer und größer wird und immer mehr Aufgaben, die die Region übernimmt. **Gehen wir doch zurück auf Los.** Die Region hatte vor 25 Jahren die Idee, in einer wirtschaftlich und gesellschaftlich eng verflochtenen Region die Themen schlüssig zu erledigen, die die 21 Kommunen allein nicht erbringen können:



Michaela Menschel und Oliver Junk

Verkehr, Schulen, Krankenhäuser, Abfall sind dafür Beispiele.

Ich möchte Regionspräsident werden, weil die Region frische Impulse und entschlossenes Handeln benötigt. Nach 25 Jahren SPD-geführter Politik ist es Zeit für einen Wechsel und einen Neustart.

**KLARTEXT:** Das Amt des Regionspräsidenten ist ja eher das eines Verwaltungschefs als eines politischen Gestalters. Wird das nicht oft unterschätzt? Ich bin teilweise fassungslos, was sich die Parteien erlauben, wen sie da aufstellen, das sage ich ganz ehrlich, die eine Kandidatin hat Sozialwissenschaften studiert, die andere

war Pflegekraft – ehrenwert und wichtig – und sicher auch sympathische Frauen, aber sind das die Voraussetzungen und Ausbildungen, um eine solche Verwaltung zu führen? Mit weit über 3.000 Mitarbeitenden, 3 Milliarden Steuergeldern und Zuwendungen vom Bund – das sind Wahnsinnszahlen – da geht es um Kompetenz, Können und Erfahrung, nicht nur um Parteiloyalität. Ich frage mich, wie soll das funktionieren?

**Oliver Junk:** Ich weiß das nicht und kann das auch nicht beurteilen. Was ich weiß ist, dass ich selbst immer ein Chef einer kleinen Verwaltung war, einer Stadt mit 50.000 Einwohnern und dass das keine

Entscheidung ist, so ein Amt des Regierungspräsidenten anzustreben, was man mal so abends gerade beim Bier, oder wie es ja hier heißt – bei einer Lütjelage – entscheidet. Also das ist schon sehr viel Verantwortung. Und ich bin froh tatsächlich, dass ich auch auf zehn Jahre Oberbürgermeisteramt in Goslar zurückblicken kann. Da habe ich eine ganze Menge gelernt und da habe ich auch Fehler gemacht, die ich heute nicht machen würde.

**KLARTEXT:** Das muss man im Wahlkampf immer wieder deutlich machen: Es geht um Verantwortung für 1,2 Millionen Menschen in der Region, um tausende Mitarbeitende und um Milliarden an Steuergeldern.

Es geht nicht nur um Parteipolitik, sondern um die Führung einer komplexen Verwaltung. Wer steht da an der Spitze?

**Oliver Junk:** Lasst uns die Region als „Wir-Region“ denken. Ohne Dominanz. Wer diese Region führen will, muss nicht dominieren – sondern verbinden. Jede Gemeinde bzw. Stadt ist anders. Und dabei gilt: Die Vielfalt macht die Region so stark. Es gibt keine zweite Wahl, keine Filialen, keine Nebendarsteller. Die Vielfalt unserer Kommunen verbindet und macht die Kraft aus.

**KLARTEXT:** Vielen Dank, Oliver Junk, für das Interview!

**\*(Prof. Dr. jur. Oliver Junk (Wirtschaftsjurist Univ. Bayreuth), geboren in Frankfurt am Main, 50 Jahre, verheiratet seit 2006, vier Töchter (18, 16, 13 und 11 Jahre), lebt seit 2011 in Niedersachsen, ist Kandidat der CDU für das Amt des Regionspräsidenten.)**

**Ausbildung:** Studium der Rechtswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg und der Universität Bayreuth (1996–2001), Erstes Staatsexamen 2001, Referendariat 2001–2003, Zweites Staatsexamen 2003, wirtschaftswissenschaftliche Zusatzausbildung (Wirtschaftsjurist Univ. Bayreuth) 2005, Promotion zum Dr. jur. 2006.

**Tätigkeiten:** Gründung der Rechtsanwaltskanzlei Dr. Junk 2004, Oberbürgermeister der Stadt Goslar (2011–2021), erneute Tätigkeit als Rechtsanwalt 2022–2024, Vertretungsprofessor und seit Oktober 2023 Professor für Verwaltungsrecht mit Schwerpunkt Kommunalrecht an der Hochschule Harz.)\*

# Demokratie vor der eigenen Haustür

von Henrike Lau

Am 13. September finden in Niedersachsen die Kommunalwahlen statt. In Hannover werden an diesem Tag nicht nur der Oberbürgermeister und der Regionspräsident, sondern auch die 13 Stadtbezirksräte, der Stadtrat sowie die Regionsversammlung gewählt.

### **Doch wofür sind diese Gremien eigentlich zuständig?**

In den **Bezirksräten** wird über Anträge entschieden, die sich direkt auf den jeweiligen Stadtbezirk beziehen, zum Beispiel ob die Bibliothek saniert, ein Zebrastreifen eingerichtet, öffentliche Fitnessgeräte, Fahrradständer, Sitzbänke aufgestellt werden. Die Bezirksräte haben zudem die finanzielle Möglichkeit, Vereine vor Ort zu fördern.

Der **Stadtrat** ist das Hauptorgan der Stadt Hannover. Die Ratsherren und -frauen entscheiden zum Beispiel über den städtischen Haushalt, über Bebauungspläne und über sämtliche Angelegenheiten, die die gesamte Stadt Hannover betreffen.

Die Region Hannover ist ein Kommunalverband, in dem sich die Stadt Hannover und die umliegenden Gemeinden zusammengeschlossen haben. Damit bildet die Region einen Sonderfall in Deutschland. Ihr wichtigstes Entscheidungsorgan ist die **Regionsversammlung**. Sie trifft Entscheidungen in Bereichen, die für die Region Hannover von Bedeutung sind, zum Beispiel Abfallentsorgung, Nahverkehr, Naherholung, Berufsschulen und Krankenhäuser.

Die gewählten Mitglieder dieser sogenannten „Organe kommunaler Selbstverwaltung“ übernehmen die damit verbundenen Aufgaben ehrenamtlich. Sie bringen ihre Freizeit ein, um ihre Gemeinde mitzugestalten. Für die Zeit, die sie an Gremiensitzungen teilnehmen, erhalten sie eine Aufwandsentschädigung.

Mit der Kommunalwahl werden also die Weichen für die Zukunft unseres direkten Lebensumfelds gestellt. Nutzen Sie daher Ihre Stimme und gehen Sie wählen!

## Was bewegt unsere CDU-Kandidaten dazu, sich kommunalpolitisch zu engagieren?



„Nicht mehr schimpfen, sondern handeln – dieser Entschluss hat mich in die Kommunalpolitik geführt. Kommunalpolitik bestimmt unmittelbar den Alltag der Menschen.

Sie muss verlässlich und wirkungsvoll sein. Ich bin ansprechbar, höre zu und setze mich für konkrete Lösungen ein. Mir ist wichtig alle Bevölkerungsgruppen im Blick zu haben und pragmatisch zu handeln, denn unser Stadtbezirk soll allen Einwohnern Heimat sein.“

**Anouk Altevogt, Lehrerin, Kandidatin für den Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt**



„Grundsätzlich kandidiere ich für den Stadtrat, weil ich der festen Überzeugung bin, dass Hannover mehr kann, als es insbesondere in den letzten acht Jahren gezeigt hat. Zur Entfaltung dieses Potentials möchte ich meinen Beitrag leisten.

Vor Allem liegen mir Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit, sowie Soziales besonders am Herzen.“

**Leon Hakemeyer, Student, Kandidat für den Stadtrat im Wahlbereich Herrenhausen-Stöcken**



„Mit meiner Familie lebe ich in Kirchrode, aufgewachsen bin ich auf dem Dorf. Als Landwirtstochter, Lehrerin und Journalistin kenne ich Stadt und Land gleichermaßen. Für die Regionsversammlung kandidiere ich, weil ich mich für eine stärkere Verzahnung von allgemeinbildender und beruflicher Bildung, eine starke Kulturlandschaft und eine wirtschaftlich tragfähige Regionalplanung einsetzen möchte, damit Hannover und Umland lebenswert und zukunftsfähig bleiben.“

**Silke Rißling-Beckmann, Kandidatin für die Regionsversammlung, Wahlbereich Hannover-Südost**

## Region Hannover: ein Sonderfall in Deutschland

Die **Region Hannover** besteht seit 2001 und ging aus dem bis dahin existierenden Landkreis Hannover und dem Kommunalverband Großraum Hannover hervor.

Ihr Gebiet reicht von der Lüneburger Heide bis zum Deister, umfasst das Steinhuder Meer und zahlreiche Städte wie Neustadt am Rübenberge, Uetze, Springe und Wunstorf.

**Etwa 1.202.800 Menschen leben hier, davon knapp die Hälfte in der Stadt Hannover (ca. 558.100).**

Gebildet wurde diese besondere Einheit der kommunalen Selbstverwaltung, um die Schnittstelle zwischen Stadt und Umland zu verbessern. So ist die Region zuständig für die Organisation und Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt Hannover und ihrem Umland, die Abfallentsorgung und den Umweltschutz. Die Region ist Trägerin der Berufsbildenden und Förder-schulen auf ihrem Gebiet und Eigentümerin des Klinikums Region Hannover.

Die Entscheidungen, die in der Regionsversammlung getroffen werden, haben damit direkten Einfluss auf viele unserer Lebensbereiche.





## Zukunft Handwerk: Große Herausforderungen, klare Forderungen

von Michaela Menschel, CDU

Die MIT-Veranstaltung „Zukunft Handwerk“ in der Freimaurerloge machte deutlich: **Das Handwerk steht unter massivem Druck und viele Ursachen liegen außerhalb der Betriebe.** Vertreter aus Kommunal-, Landes- und Bundespolitik trafen dabei auf Praktiker und diskutierten die drängendsten Herausforderungen.

v. l. n. r.: Sylke Jennewein, MIT, Katharina Schrader, MIT, Michaela Menschel, MIT, Oliver Junk, Kandidat für die Region, Peter Karst, OB-Kandidat, Markus Linnenberg, MIT, Angela Brandes, MIT, Martina Machulla, MIT, Kreisvorsitzende CDU und MdL



Ein zentrales Problem: **Viele Schulabgänger sind kaum noch ausbildungsfähig.** Es fehlt an grundlegenden Kenntnissen und an Verlässlichkeit. Für die Betriebe bedeutet das, dass sie zunehmend Aufgaben übernehmen müssen, die eigentlich in Schule und Elternhaus liegen. Statt sich auf die fachliche Ausbildung zu konzentrieren, leisten Ausbilder zusätzliche Bildungs- und Erziehungsarbeit, eine Belastung, die gerade kleine Unternehmen an ihre Grenzen bringt.

Michaela Menschel, Moderation, Vorsitzende der Mittelstandsunion mit Nora Seitz, Handwerksmeisterin und Mitglied des deutschen Bundestages der CDU/CSU Fraktion



Veranstaltung zum Thema Zukunft Handwerk der Mittelstandsunion

Ebenso kritisch ist die Unternehmensnachfolge. Immer mehr Betriebe finden keine Nachfolger in der eigenen Familie, während externe Interessenten kaum Unterstützung erhalten. Während Start-ups gezielt gefördert werden, fehlen Programme für Betriebsübernahmen.

Die Konsequenz: Betriebe schließen, Fachkräfte wechseln in die Industrie – und gehen dem Handwerk verloren.

Nora Seitz, Handwerksmeisterin und Abgeordnete im deutschen Bundestag forderte, **junge Menschen frühzeitig für das Handwerk zu begeistern**, solche Interessen müssen bereits in der Schule gefördert werden, dafür will sie sich einsetzen.

Der Kandidat für das Amt des Regionspräsidenten Oliver Junk plädierte für mehr Pragmatismus und direkte Austauschformate wie Handwerker-tage – **keine komplizierten Strategie-papiere, sondern direkter Austausch, Probleme benennen und miteinander Lösungen finden.**

Oberbürgermeisterkandidat Peter Karst machte deutlich, wenn wir lebendige Innenstädte wollen, dann brauchen wir auch Handwerker, die überhaupt hinkommen und wir müssen dafür sorgen, dass bürokratische Prozesse für Handwerksbetriebe vereinfacht werden.



Maria Mercedes Freuwört, Friseurmeisterin



Burgfried Stamer, Vorsitzender Freimaurerloge Hannover und CDU-Mitglied mit Michaela Menschel

Moderiert wurde der Abend von Michaela Menschel, Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), einer CDU-nahen Vereinigung, die sich für die Belange kleiner und mittelständischer Unternehmen einsetzt.

Das Fazit: Die Probleme sind klar benannt, jetzt braucht es entschlossenes Handeln für die Handwerksbetriebe – wir bleiben dran!



## JU besucht die Liberale Jüdische Gemeinde: Hassparolen dürfen sich nicht hinter Sprachbarrieren verstecken

von Sebastian Rüdiger

Am 26. Februar besuchten wir, die Junge Union Hannover-Stadt, die Liberale Jüdische Gemeinde Hannover und kamen dort mit ihrer Vorsitzenden Rebecca Seidler ins Gespräch. Mit rund 700 Mitgliedern ist sie die größte liberal-jüdische Gemeinde in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Der Besuch entstand aus einem vorherigen Austausch: Rebecca Seidler war zuvor bei einem Stammtisch der Jungen Union zu Gast gewesen. Ihre eindrucksvollen Berichte über jüdisches Leben in Deutschland hatten bei uns großes

Interesse, aber auch Betroffenheit ausgelöst. Grund genug, den Austausch zu vertiefen und die Gemeinde im Ortsteil Leinhausen zu besuchen.

Vor Ort erhielten wir spannende Einblicke in den jüdischen Glauben, die religiöse Praxis und den Alltag der Gemeinde. Besonders beeindruckend war der Blick auf die Torarollen. Diese werden traditionell vollständig von Hand geschrieben und bestehen aus Pergamentbahnen, die vollständig ausgerollt über 50 Meter lang sein können.

Gleichzeitig wurde uns bei dem Besuch aber auch eine Realität sehr deutlich vor Augen geführt:

**Jüdisches Leben in Deutschland kann nur unter hohen Sicherheitsvorkehrungen ausgelebt werden.**

Schussicheres Glas, Waffenträger innerhalb der Gemeinde und Polizei-präsenz vor Veranstaltungen sind Normalität in dieser Synagoge. Spannend war darüber hinaus die Beobachtung, dass während vor rund zwei Jahrzehnten der Hass gegenüber jüdischer Mitbürger fast ausschließlich von rechtsradikalen propagiert wurde, nun teils linksradikale und arabischstämmige Mitbürger sowie Zugewanderte gleichauf ziehen.

Besonders alarmierend sind die Berichte über Demonstrationen in Hannover, bei denen zum Mord an Juden aufgerufen wird. Immer wieder werden dabei Parolen auf Arabisch skandiert. Dass solche Vorgänge teilweise nicht konsequent unterbunden werden, etwa mit dem Verweis auf Deeskalation oder fehlende Übersetzungsmöglichkeiten, ist aus unserer Sicht in keiner Weise hinnehmbar.

Daher ist für uns klar: Wer auf deutschen Straßen demonstriert, muss auch verstanden werden. Wir fordern,

dass Demonstrationen in Hannover bis auf Weiteres ausschließlich auf Deutsch oder Englisch stattfinden dürfen. Nur so kann sichergestellt werden, dass Polizei und Behörden sofort erkennen, wenn strafbare Inhalte geäußert werden. Der Mangel an Übersetzern darf kein Freifahrtschein dafür sein, dass antisemitische Hassparolen ungehindert über unsere Straßen hallen. Diese Forderung richtet sich ausdrücklich an Demonstrationen im Umfeld sogenannter pro-palästinensischer Proteste oder extremistischer Gruppierungen, bei denen in der Vergangenheit wiederholt antisemitische Parolen gerufen wurden.

Deeskalation darf niemals bedeuten, wegzuschauen, wenn zum Hass gegen Juden oder zum Krieg gegen Israel aufgerufen wird. **Antisemitismus, egal in welcher Sprache, muss konsequent unterbunden und strafrechtlich verfolgt werden.** Wer in Deutschland demonstriert, muss sich an unsere Gesetze halten.

Der Besuch bei der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover hat uns einmal mehr gezeigt, wie wichtig Begegnung, Dialog und gegenseitiges Verständnis sind. Gleichzeitig hat er uns auch darin bestärkt, dass **der Schutz jüdischen Lebens keine Floskel sein darf, sondern im Alltag sichtbar und konsequent umgesetzt werden muss.** Dafür werden wir uns als Junge Union Hannover-Stadt weiterhin mit Nachdruck einsetzen.

## Senioren-Union Hannover: vielfältig, interessant und gut vernetzt!

von Dr. Eva Möllring

**Seit der Wahl des neuen Vorstands im April 2025 ist die Senioren-Union politischer geworden.** Informationsbesuche, Ausflüge und gesellige Veranstaltungen wechseln sich mit politischen Diskussionen ab. Da Senioren alle Lebensphasen persönlich durchlaufen haben, sind sie Experten für alle aktuellen Debatten und können oft wertvolle Erfahrungen beisteuern.

**So vielfältig waren unsere Themen in den letzten Monaten:** Aktivrente, Wegfall der Altkleidercontainer, Behindertenrampen, Betrugsmaschen, Böllerverbot, Diskriminierung älterer Menschen, Einsamkeit, enercity-Neubau, Erbschaftssteuer, Finanzierung des Buchdruck-Museums, Geschichte Israels und aktuelle Entwicklungen im Iran, Krankenhausversorgung,

Kultur um 5, Organspende, Pflegekosten, Rentenreform, Seniorenbeiratswahl, Schneeräumung, Sicherheit auf Fußwegen, Spitzenkandidaten für die Kommunalwahl, Tempolimit, U-Bahnnetz in Hannover (D-Linie mit weiteren Haltestellen!)...

Zu diesen Themen schreiben wir verantwortliche Politiker und Behörden an, halten Kontakt zur Rats- und Landtagsfraktion, stellen Anträge zu Parteitagen und veröffentlichen Artikel in Senioren- und Stadtteilzeitungen.

**Nach einer informativen Veranstaltung über die historische Entwicklung des Staates Israel haben wir am 31. März Professor Reza Asghari eingeladen,** den CDU-Bundestagsabgeordneten aus dem

Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel, **um die Situation in Iran aus seiner persönlichen Sicht zu beleuchten.** Die lebhafteste, breit gefächerte Teilnahme hatten wir auch der Unterstützung der CDU Hannover zu verdanken – eine gute Zusammenarbeit. Reza Asghari machte uns deutlich, welch großartiges Land der Iran ist mit einer faszinierenden Kultur, Reichtum an Bodenschätzen und aufgeschlossenen, gebildeten Bürgern, die sich von dem Mullah-Regime befreien wollen und alles dafür riskieren. „Besonders die Emanzipation der Frauen ist vorbildlich für die gesamte arabische Welt,“ sagte Asghari. Er ist überzeugt, dass der harte Krieg gegen die religiösen Wortführer und die brutalen Terrororganisationen zum Erfolg führt.

Die Bedeutung der Senioren-Union ist für die CDU, für die Regierung und für unser demokratisches System nicht zu unterschätzen. Wir sind der Pfeiler, der alles möglich macht. In Baden-Württemberg lag der CDU-Stimmenanteil der 60- bis 69-jährigen bei 32% und der Über-70-jährigen bei 44%



(die Unter-60-jährigen erbrachten einen CDU-Anteil von 24%), in Rheinland-Pfalz wurden 40% der CDU-Stimmen von Über-60-jährigen erbracht (+4). Auch im Wahlkampf können sich die Kandidaten auf die Unterstützung der Älteren verlassen!

### Vernetzung

Die Senioren-Union Hannover hat

- einen Beisitzer und eine Stellvertreterin im **Landesvorstand** der Senioren-Union
- ein Mitglied im **Bundesvorstand** der Senioren-Union
- ein Mitglied als MdL im Niedersächsischen **Landtag**
- zwei Mitglieder im **Kreisvorstand** Hannover Stadt
- Leider kein **Ratsmitglied** (aber 5 sind über 60 Jahre alt)
- drei gewählte Delegierte in der Versammlung des **Seniorenbeirats** Hannover





v. l. n. r.: Anja Sohr, CDU, Jörg Stichnoth (Unterstützer), Dr. Dietrich von Kressel, CDU, Martina Machulla, MdL, Kreisvorsitzende CDU, Leon Hakemeyer, CDU, Peter Karst

# Wahlkampfauftakt- veranstaltung

Wahlkampfauftakt mit unserem Oberbürgermeisterkandidaten Peter Karst: Im Mittelpunkt steht die Kampagne „**Damit Hannover wieder funktioniert**“ – und damit genau die Themen, die Hannover, bewegen, dies wurde auch noch einmal durch eine Umfrage von Civey bestätigt.

Es geht um die Unzufriedenheit mit der derzeitigen Stadtspitze und damit

um das, was dringend angegangen werden muss: Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung, Wirtschaftskraft, bezahlbaren Wohnraum.

**Vor allem aber geht es um eine funktionierende Verwaltung**, die verantwortungsvoll mit Steuergeld umgeht und Fehlplanungen vermeidet – ein Anspruch, dem Hannover zuletzt zu oft nicht gerecht wurde.

Gerade als Landeshauptstadt eines Bundeslandes mit über acht Millionen Einwohnern trägt Hannover besondere Verantwortung und ist nicht nur irgendeine Stadt, sondern Leuchtturm für Bewohner und Menschen, die überzeugt werden sollen, hier zu leben und zu arbeiten.

Umso wichtiger sind **klare Prioritäten, kompetente Führung und der Wille zur Gestaltung**. Ziel ist eine Stadt, die attraktiv, bezahlbar und zukunftsfähig ist – für alle Bürgerinnen und Bürger.

Jetzt geht es los: Der Auftakt ist gemacht, die nächsten Schritte folgen. In den kommenden Tagen geben erste Eindrücke und Bilder einen Einblick – und wir machen unseren Kandidaten weiter bekannt. **Mit voller Energie und Überzeugung gehen wir in diesen Wahlkampf und unterstützen ihn dabei, Hannover wieder nach vorne zu bringen.**



v. l. n. r.: Petra Stittgen, CDU Kirchrode, Karoline Czychon, CDU Döhren/Wülfel



Ortsverband CDU Hannover-Mitte

## Gemeinsam für ein sauberes Hannover:

Die Vermüllung unserer Stadt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das uns alle angeht. Der CDU-Ortsverband Hannover-Mitte hat sich deshalb erneut am großen Abfallsammeltag von aha beteiligt und gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern ein Zeichen für **mehr Sauberkeit und Verantwortungsbewusstsein gesetzt**.

„Das Engagement der vielen Helferinnen und Helfer ist großartig, aber es **kann keine dauerhafte Lösung ersetzen**. Gerade in Hannover-Mitte brauchen wir **mehr Mülleimer**,

**häufigere Leerungen und eine höhere Reinigungsfrequenz**“, betont Diana Rieck-Vogt.

Neben dem persönlichen Einsatz **braucht es verlässliche städtische Strukturen**, um die Sauberkeit langfristig zu sichern. Überfüllte Papierkörbe und herumliegender Müll zeigen, dass Handlungsbedarf besteht. Ziel bleibt es, Hannover sauber und lebenswert zu erhalten – durch gemeinsames Engagement und bessere Rahmenbedingungen.

## Endlich

# KLARTEXT

Mit unserem Magazin KLARTEXT bringen wir politische Themen auf den Punkt, verständlich, transparent und mit Haltung. Wir stehen für eine klare bürgerliche Perspektive, für Verantwortung, für Zusammenhalt – und für eine starke CDU.

### KLARTEXT bedeutet:

Keine Floskeln. Keine Ausreden. Sondern Fakten, Argumente und echte Debatten.

Unabhängige politische Kommunikation lebt vom Engagement vieler.

Wenn Sie möchten, dass wir auch künftig KLARTEXT reden, dann helfen Sie mit Ihrer Spende.



**Jeder Beitrag zählt. Scannen Sie einfach den QR-Code und unterstützen Sie KLARTEXT.**

Damit wir weiterhin drucken, veröffentlichen und unsere Inhalte auch digital ausbauen können, brauchen wir Ihre Unterstützung.

Vielen Dank für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung!

Folgen Sie uns auf Instagram: **hannover.klartext**



# Sie ärgern sich über Politik? Dann machen Sie es besser.

Demokratie lebt vom Mitmachen.  
Nicht vom Zuschauen.

Gestalten Sie Ihre Stadt aktiv mit.  
Erleben Sie Kommunalpolitik  
direkt vor der Haustür.

**Diskutieren. Entscheiden.  
Verantwortung übernehmen.**

In der Christlich Demokratischen  
Union Deutschlands finden Sie  
Gemeinschaft, Engagement und  
echte Gestaltungsmöglichkeiten.

Ob **Junge Union, Senioren-Union,  
Frauen Union, CDA, LSU, MIT**  
oder thematische Arbeitskreise –  
bringen Sie Ihre Ideen ein.



**Jetzt mitmachen.**  
QR-Code scannen  
und dabei sein.

**Ihr Kontakt  
zur CDU**

## Impressum

### Angaben gemäß § 5 DDG

CDU Hannover Stadt  
vertreten durch  
Martina Machulla, MdL  
Walderseestraße 21  
30177 Hannover

Telefon: 0511 39787-0  
Fax: 0511 39787-60  
E-Mail: [info@cdu-hannover-stadt.de](mailto:info@cdu-hannover-stadt.de)

### Verantwortlich für den Inhalt nach § 18 Abs. 2 MStV

Martina Machulla  
Michaela Menschel (Leitung Chefredaktion)

### Bildnachweise

Bildmaterial gemäß Quellenangabe  
Titelfoto: Sebastian Fesser

